

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/48. Jahrgang

Juli 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Dispozins: Lasst den Banken, was der Banken ist

Die Gießener Linke hatte im Stadtparlament beantragt, dass die „Vertretenden im Verwaltungsrat und Vorstand der Sparkasse sich für eine Senkung des Dispo-Zinssatzes auf maximal 5% einsetzen“. Das wirkte wie ein rotes Tuch.

Schlicksupp (Grüne), in christlicher Verantwortung: „... wir dürfen nicht in die Geschäftspolitik der Sparkassen eingreifen“ – davon war aber nicht die Rede. Es ging um „sich einsetzen“.

Nübel (SPD) sekundierte und lobte die Sparkasse über den grünen Klee, was sie alles für die Vereine leiste, „sie tut so viel Gutes für die Region“. Ja, von dem Geld, was sie offenbar zu

viel kassiert hat und genauso gut ihren Kunden zurückgeben könnte, statt sich als Wohltäter aufzuspielen. Für **Greilich** (FDP) war es einfach ein „linkspopulistischer Antrag“; den Einwand, dass er selbst mit seinem Einsatz gegen die Schließung der Sparkassenfiliale in Kleinlinden versucht habe, „in die Geschäftspolitik

der Sparkasse einzugreifen“, ließ er nicht gelten.

Und nach dem Motto „lasst den Banken, was der Banken ist“ stellte **Reichmann** (AfD) fest: „die Festsetzung des Zinssatzes gehört in den Bereich der Sparkassen“ – na und? Dies wurde von **Roth** (CDU) wiederholt. (Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt:

E. Beltz: DKP-Bundestagskandidatin	S.2
Milliarden für Energiekonzerne	S.2
Parlament: AfD-Hetze/Straßenmusik	S.3
Sonntagsarbeit/Tarifrunde Handel	S.4
Uniklinikum/Jobcenter	S.5
Linker Kapitalismus.../Ostschule	S.6
"Kuba im Wandel"/Falsche Begriffe	S.7
Macrons Knute/Termine	S.8



Parkgebühren kommen später

Die geplante Einführung der Parkgebühren für den Messeplatz (1200 Stellplätze) wurde verschoben. Für die THM und Justiz soll es Monats- bzw. Wochenparkscheine geben. Die Theodor-Litt-Schule, die ebenfalls betroffen ist, wurde bisher nicht einbezogen, obwohl dort Schülerinnen und Schüler sich mit einer Unterschriftensammlung gegen die Parkgebühren

wehren (s. GE 6/17). Nicht allein der Messeplatz soll Geld kosten, auch auf weiteren Straßenzügen soll künftig nicht mehr kostenlos geparkt werden dürfen: Ringallee, Steinstraße, die gesamte Innenstadt und das Viertel um die Kliniken...

Da dürften die Einnahmen sprudeln, eine Gegenleistung erbringt die Stadt nicht.

Für Frieden und Sozialismus!



Dafür steht die DKP - warum ich kandidiere

1970 habe ich zum ersten Mal für die DKP kandidiert. Aus der 68er- und Ostermarschbewegung kommend wollte ich mich für den Frieden, für die Rechte der arbeitenden Menschen und gegen die Macht der Monopole einsetzen, die verantwortlich sind für Krieg, Armut und Umweltkatastrophen. Seither habe ich mich an unzähligen Demonstrationen und Aktionen der Arbeiter- und Friedensbewegung, als deren Teil sich die DKP versteht, teilgenommen, das Gießener Echo gemacht und bin oft zu parlamentarischen Wahlen angetreten. Wenn nun gesagt wird: „Na und, erreicht habt Ihr aber nichts;“ so ist das nicht ganz richtig. Die USA mussten aus Vietnam geschlagen abziehen, F. J. Strauß konnte verhindert, die DDR musste anerkannt und die 35-Stunden-Woche konnte erkämpft werden, die Bundeswehr blieb im Land.

Und nicht nur das: ohne diesen gemeinsamen Widerstand sähe es bei uns noch viel schlimmer aus; viele Angriffe auf soziale Besitzstände konnten abgewehrt oder gemildert werden – jedenfalls bis 1990 die BRD nach der Einverleibung der DDR sich keine Hemmungen mehr auferlegen musste und Kohls Losung „weg mit

dem Sozialklimbim“ zur Staatsdoktrin wurde.

Angefangen damit hat aber ein anderer: es war der SPD-Kanzler Schmidt, der in den 70er Jahren mit der Einführung der Rezeptgebühren den fortgesetzten Sozialabbau einleitete.

Und es war SPD-Kanzler Schröder, der – zusammen mit den Grünen - die BRD in den Angriffs-Krieg gegen Jugoslawien führte und mit der Agenda 2010 und Hartz IV den größten Sozialraub der Nachkriegsgeschichte durchzog.

Seither hat CDU-Kanzlerin Merkel freie Hand, um in Diensten des Kapitals nach der Privatisierung von Bahn und Post nun auch die Autobahnen sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen den Monopolen zur Profitmacherei bereit zu stellen. Dass dazu auch die Linkspartei – trotz Protesten an der Basis - ihre Zustimmung gegeben hat, zeigt, was von den Träumen „Rot-Rot-Grün“ zu erwarten ist.

Inzwischen geriert sich Deutschland zur aufstrebenden Weltmacht und die Gefahr eines Weltkrieges ist groß wie nie; auf der anderen Seite müssen Millionen Menschen in Armut und Elend leben.

Mit ihrer Losung von der „Alternativlo-



sigkeit“ blockt Merkel – bisher – erfolgreich jeden Widerstand ab. Die Möglichkeit einer besseren, einer sozialistischen Gesellschaft soll nicht mal gedacht werden dürfen.

Wenn die, die Werte erschaffen, auch über deren Verwendung bestimmen könnten, sähe die Welt anders aus. Ohne die Kapitallogik des Profitstrebens könnten auch bei uns die Menschenrechte verwirklicht werden: das Recht auf Arbeit und Wohnung für alle, auf kostenlose Bildung, Gesundheitsfürsorge und kulturelle Teilhabe für alle. - Dafür steht die DKP.

Erika Beltz

Milliardengeschenk für Energiekonzerne

Bei der von der damaligen CDU/FDP – Regierung verfügten Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke wurde eine Brennelemente-Steuer eingeführt. Diese wurde von 2011 bis 2016 erhoben, 6 Milliarden Euro wurden eingenommen.

Die Energiekonzerne klagten sofort dagegen; jetzt bekamen sie Recht. Die Steuer verstößt gegen die Verfassung und muss, einschließlich 6 Prozent Zinsen, zurückgezahlt werden. Offensichtlich wurde das Gesetz so schlecht formuliert, dass die Konzerne gute Aussichten auf Erfolg hatten. Eine

verfassungsgerechte Regelung wäre natürlich auch möglich gewesen, schließlich wird auf fast alle Formen der Energiegewinnung eine Steuer erhoben. Absicht oder Dummheit?

Für die Konzerne ist das ein tolles Geschäft.

Die Steuer haben sie natürlich nicht aus ihren Gewinnen bezahlt, sondern auf die Stromkunden umgelegt. Das

zurückgezahlte Geld fließt jetzt ausschließlich in ihre Taschen, zusätzlich die in Niedrigzinszeiten enorm hohen 6 Prozent Zinsen.

Das ist die zweite kräftige Geldspritze für die Betreiber der Kernkraftwerke, nachdem ihnen die Regierung bereits die unkalkulierbaren Kosten der Endlagerung abgenommen hat.

Gernot Linhart



Im Stadtparlament:

Die AfD zeigt ihr – ausländerfeindliches – Gesicht

Prof. Reichmann beharrte auf seiner Frage: die Stadt solle über die Kriminalität ausländischer „Tatverdächtiger“ berichten. Diese würden 46% aller Tatverdächtigen ausmachen, aber nur 17% der Bevölkerung. Wohl gemerkt: Die Rede ist von „Tatverdächtigen“, nicht von überführten oder gar verurteilten Tätern. Leider haben beide Gießener Tageszeitungen diesen wichtigen Unterschied nicht benannt. Die offizielle Kriminalstatistik weist ganz andere Zahlen auf und der Polizeipräsident hat ganz eindeutig festgestellt, dass Ausländer nicht krimineller sind als Deutsche. Dennoch bestand Prof. Reichmann auf seinen „Verdächtigen“ – und stieß auf deutlichen Widerspruch fast aller Fraktionen

und des Ausländerbeirates; dessen Vorsitzender Sahin feststellte, dass die Diskriminierungen der AfD

Bevölkerung treiben (Nübel) und nach dem Motto „Deutschland den Deutschen“ alle Ausländer unter Generalverdacht stellen (Greilich, FDP). Selbst Möller (CDU) und Grothe (Grüne) betonten, es sei irrelevant, welcher Täter woher komme und welchen Pass er besitze. Matthias Riedl von der Fraktion Gießener Linke, meinte mit Blick auf einen weiteren AfD-Antrag, „eine moosbegrünte Fläche in Gießen anzulegen“, dass sie damit ihre braune Gesinnung nicht überdecken können.



kein Ende nehmen und Rassismus hier keinen Platz gegeben werden darf. Die Kritik richtete sich weiter dagegen, die AfD wolle einen Keil in die

Bereits zu Beginn der Sitzung hatte sich die AfD zu einer ausländerfeindlichen und islamophoben Frage verstiegen: Sie wollte wissen, wieviel Schüler an Gießens Schulen dem Salafismus anhängen bzw. gefährdet seien. - Antwort: Keine.

Foto: Info-Stand der DKP am 3. Juni 2017: von links: Uwe Lennartz, Rainer Grabowski, Erika Beltz, Toni Geisberger und Michael Beltz

(Fortsetzung von Seite 1) Dispozins

Auf die Argumente im Antrag, dass auf Sparguthaben so gut wie keine Zinsen gezahlt werden, aber für einen Dispo, auf den vor allem Geringverdienende angewiesen sind, 11 – 12% kassiert werden, ging keiner ein. Auch die satzungsgemäße Gemeinnützigkeit der Sparkassen spielte keine Rolle. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass ein identischer Antrag im Kreistag mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen worden war. Es war ein Lehrstück in Sachen Interessenvertretung: während alle Parteien von AfD bis SPD auf der Banken- bzw. Kapitalseite standen, trat die Gießener Linke allein für die Bedürfnisse der einfachen Menschen ein. Sie befand sich dabei in guter Gesellschaft: Das Plakat der DKP mit der Forderung „Banken enteignen“ findet an den Info-Ständen (s. Foto) stets große Zustimmung. Michael Beltz



Straßenmusik bleibt - fast - unverändert

Abgesehen von einer Beschränkung der Lautstärke (Drehorgel und Blechinstrumente), die allgemein begrüßt wird, kann in Gießen alles bleiben wie es war. Die Gebührenpflicht wurde wieder gestrichen und die „Anmeldung“ kann auch bei Kontrollen des Ordnungsamtes nachträglich erfolgen. Auch die Beschränkung auf höchstens drei Musikanten pro Tag wurde wieder zurückgezogen. Die Vorschrift, maximal 30 Minuten an einem Ort und in angemessener Entfernung zum nächsten zu musizieren, bestand bereits vorher. Unbedingt zu kritisieren ist die Verdoppelung der Gebühr für die Genehmigung eines Info-Stands; sowohl Parteien als auch nichtkommerzielle Organisationen sollen jetzt 20 statt vorher 10 Euro bezahlen; die Genehmigung für Stände vor der Bundestagswahl für 6 Wochen soll pauschal 120 Euro kosten – vorher 110. Finanziell schwache Organisationen können eine Befreiung oder Minderung beantragen.

Der Sonntag gehört mir!

Seit der Offensive des Kapitals in den 1990er Jahren gegen die Rechte der Lohnabhängigen erleben wir eine immer weitere Entgrenzung der Arbeitszeit und der Erreichbarkeit sowie eine Steigerung der Arbeitsintensität in allen Branchen. Der Anteil der Sonntagsarbeiter stieg von 10 % auf 14 %.

Im Artikel 140 Grundgesetz dagegen steht: „Der Sonntag... bleibt als Tag der Arbeitsruhe... geschützt.“ Damit – wie auch mit dem Gesetz über den 8-Stunden-Tag – sollen die Erwerbstätigen vor dem totalen Zugriff der Unternehmer auf ihre Arbeitskraft rund um die Uhr geschützt werden.

Auch das Arbeitszeitgesetz ist eindeutig: „§ 9 Sonn- und Feiertagsruhe (1) Arbeitnehmer dürfen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24

Uhr nicht beschäftigt werden.“ Ausnahmen sind sehr begrenzt und beziehen sich auf Bereiche wie u. a. die Feuerwehr, Krankenhäuser, Landwirtschaft.

Aber seit 1989 wurden die Ladenöffnungszeiten systematisch erweitert. Seit 2006 – im Zuge der Föderalismusreform – sind die Ladenöffnungszeiten Sache der Bundesländer. Das brachte dem Kapital Vorteile. Die Bedarfsgewerbeordnungen der Länder machen das Umgehen des arbeitsfreien Sonntags sehr viel leichter. Verkaufsoffene Sonntage sollen die Regel werden, entsprechende Vorschriften in diesem Sinne geändert werden.

Ein alter Lehrsatz der Arbeitsmedizin sagt, dass eine verlässliche Pausen- und Urlaubsregelung eine notwendi-



ge Voraussetzung für den Gesundheitsschutz im Rahmen der Arbeit ist. Die Entgrenzung der Arbeitszeit bedeutet das genaue Gegenteil. Aber was soll es schon, sind Menschen im Kapitalismus doch Anhängsel der Profitmaximierung.

Wir alle dürfen also nicht auf den Schutz durch das Kapital oder deren politischen Marionetten hoffen. 1984 gelang der IG Metall nach siebenwöchigem Streik der Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Dieses Beispiel zeigt, wir müssen uns wehren, müssen zusammen streiken und die Frage nach dem politischen Kampf gegen diesen Staat des Kapitals in den Mittelpunkt stellen.

Abwehrkämpfe allein werden in einer Niederlage enden.

Henning Mächerle



Einer für alle - Tarifrunde Einzelhandel

1 Euro mehr in der Stunde fordern die Beschäftigten im Einzelhandel in der laufenden Tarifrunde – die Unternehmer bieten 1,5% ab Juli und 1% ab Mai 2018. Das bedeutet Reallohnsenkung!

3,4 Millionen Beschäftigte gibt es in dieser Branche bundesweit, die meisten von ihnen arbeiten in Teilzeit. Aber selbst bei Vollbeschäftigung bekommt eine Verkäuferin mit 2500 Euro Brutto-Einkommen nach 45 Berufsjahren nur eine Rente von 804 Euro netto – d. h. kaum mehr als Grundsicherung, d. h. Altersarmut. Hinzu kommt, dass nur 40% der Beschäftigten nach Tarif bezahlt werden. Lebensmittelketten wie REWE

oder Edeka verpachten Filialen, die dort von den „Selbständigen“ beschäftigten Angestellten bekommen meist nur den Mindestlohn; auch große Ketten wie C&A, kik, Douglas und Globus zahlen nicht nach Tarif. Deswegen ist eine wichtige Losung der laufenden Tarifrunde: Einer für alle – die Allgemeinverbindlichkeit der Tarife. Die Forderung richtet sich nicht nur an den Unternehmerverband, sondern auch an die Bundesregierung. Mit jährlich rund 1,5 Milliarden Euro werden die Niedriglöhne im Einzelhandel durch Steuergelder subventioniert (Hartz-IV-Aufstocker).

Die Kolleginnen und Kollegen von OBI in Gießen haben im Juni ge-

streikt – sie und alle anderen Beschäftigten im Einzelhandel brauchen unsere Solidarität!

Wenn die Unternehmer sich nicht bewegen, sollen in den kommenden Wochen die Streiks bundesweit ausgeweitet werden. Michael Beltz



Uniklinikum: Nur die Aktionäre können lachen

Seit dem Deal zwischen der Landesregierung und der Rhön AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM), sind einige Wochen vergangen. Völlig zufrieden mit dieser Abmachung – die Rhön AG erhält in den nächsten 5 Jahren fast 100 Mio. Euro mehr vom Land als ursprünglich vereinbart – können nur die Aktionäre sein. Ihnen, die eh schon reich sind, winken fette Dividenden. Unipräsident Mukherjee sagte in einem Interview, es müsse sichergestellt sein, dass das Geld nicht für die Krankenversorgung zweckentfremdet werde – Dividendenausschüttungen sind für ihn keine Zweckentfremdung.

Die in Forschung und Lehre tätigen Ärzte vermissen bei der Vereinbarung eine Festlegung, wie viel Zeit sie für diese Aufgaben bekommen. Sie fürchten mit Recht, dass sie wegen der ständigen Überlastung im Krankenhausbetrieb auch weiterhin ihre Freizeit dafür opfern müssen.

Auch für die Medizinstudenten ist nicht sichergestellt, dass ihren Aus-

bildungen mehr Zeit für die Ausbildung am Krankenbett bleibt.

Alle Beschäftigten müssen damit leben, dass die Rhön-Geschäftsführung nach wie vor keine Notwendigkeit für einen Tarifvertrag zu ihrem Gesundheitsschutz sieht. So ein Vertrag würde verbindliche Personalschlüssel bedeuten – bei der hohen Zahl der Überlastungsanzeigen ist das offensichtlich überfällig. Bei der Ignoranz der Rhön AG gegenüber den Interessen des Personals wird sowas wohl nur nach wirksamen Streiks durchsetzbar sein. Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU) verteidigte im Landtag die Abmachung mit der Rhön AG und dabei auch den Verzicht der Regierung auf die zwei Sitze im Aufsichtsrat, die dem Land eigentlich zustehen. Er hält es für richtig, der reinen Profitorientierung freien Lauf zu lassen.

Damit handelt er ganz im Sinne seiner Parteivorsitzenden Merkel. Diese priest auf einem von der Bundesregierung veranstalteten „Digitalgipfel“ die

„großen neuen Wertschöpfungsmöglichkeiten“ im privatisierten Gesundheitswesen an. Ohne massive Gegenwehr bleiben die Interessen der Patienten und des Personals auf der Strecke. Gernot Linhart

Die Rhön AG hat seit Februar einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Er heißt Stephan Holzinger und ist ein knallhart profitorientierter Manager ohne Erfahrung im Gesundheitswesen. Wessen Geistes Kind der Mann ist, hat er in einem Interview mit der Gießener Allgemeinen offenbart. Dort äußerte er große Bewunderung für den US – Senator John Warner, einen rechter Republikaner, für den er mal gearbeitet hatte. Bewundernswert fand er, dass dieser zweimal sehr reiche Frauen geheiratet hat, Elizabeth Taylor und die Milliardärs-erbin Catherine Mellon. Bei den Scheidungen habe er so viel Geld mitgenommen, dass er den Rest seines Lebens Politik machen konnte.

Der alltägliche Verdruss mit dem Jobcenter - und wie man sich behauptet

Die Jobcenter sind unterbesetzt, das Personal ist überfordert und wird oft ausgewechselt. Hartz-IV-Empfänger, durch Auflagen und Sanktionen ohnehin gebeutelt, müssen auch dies ausbaden. Besonders wenn ein „Neuer“, „Strebsamer“ angesetzt wird. Da kann es z.B. passieren, dass man als Aufstocker in Gießen mit gleichem Datum mehrere Schreiben erhält und von Herrn W.

* aufgefordert wird, 200 Euro Heizkosten zurückzuzahlen aufgrund einer beigefügten widersprüchlichen Berechnung, bei der nicht verstanden wurde, dass es hier um unterschiedliche Kosten für Gas und Strom geht. Es musste Widerspruch eingelegt werden;

* aufgefordert wird, innerhalb von 2 Wochen bei der Wohngeldstelle Wohngeld zu beantragen. Dies geschah wie folgt: „Das Jobcenter hat mich dazu genötigt, bei Ihnen einen Antrag zu stellen... Herr W. vom Jobcenter scheint nicht bewusst zu sein, dass man entweder Hartz IV oder Wohngeld erhalten kann... Alle

erforderlichen Unterlagen liegen dem Jobcenter z. T. im Original vor. Deshalb bitte ich, sie von Herrn W. anzufordern“;

* eine Anhörung zu einer Überzahlung erhält, wogegen Widerspruch eingelegt werden musste, da fälschlicherweise der Betrag für Verpflegungsmehraufwand auf das Netto-Einkommen angerechnet wurde und die Werbungskostenpauschale fehlte.

Zu guter Letzt kam die Aufforderung vom Jobcenter, „sich intensiv um einen existenzsichernden Arbeitsplatz zu bemühen.“ Der Hartz-IV-Aufstocker, der seit mehr als 10 Jahren genau dies macht und in dieser Zeit stets in den Billiglohnsektor vermittelt wurde, kann das nur als Unverschämtheit empfinden. Er hat erlebt, dass das Jobcenter selbst zum Lohn-dumping beiträgt und bewusst existenzsichernde Arbeitsplätze vernichtet - um die er sich dann bemühen soll.

Diese bürokratische Schikaniererei kostet Zeit, in vielen Fällen Geld und

Nerven. Aber auch dies dient der Unterdrückung der Ärmsten, für die keine der bürgerlichen Parteien von Grünen bis CSU auch nur einen Cent mehr ausgeben will.

Ehrlicherweise kommen Menschen, die Hartz IV oder Grundsicherung beziehen, in deren Wahlprogrammen auch gar nicht vor. Erika Beltz



Linker Kapitalismus oder kapitalistische Linke?

Nachdem sich die SPD mit den unmenschlichen Hartz-IV-Gesetzen den Interessen der herrschenden Klasse endgültig untergeordnet hat, wollen Teile der Partei Die Linke nun in deren Fußstapfen treten.

Allen voran Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, der im Bundesrat mit seinen Amts- und Parteikollegen aus Berlin und Brandenburg für die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge stimmte.

Vertreter der Parteilinken aus Bund und Ländern hatten zuvor gewarnt: Eine Zustimmung „zur geplanten Öffnung für Raubzüge der Finanzwirtschaft wäre verheerend – nicht zuletzt für die Glaubwürdigkeit der Linken insgesamt“. Sogar in ihrem Erfurter Grundsatzprogramm ist festgeschrieben, dass sich Die Linke nicht an einer Regierung beteiligt, die Privatisierung betreibt.

Nun werden die Autobahnen „zur Melkkuh für private Profite“, wie die Fraktionsvorsitzende der Linken, Sahra

Wagenknecht, formulierte. Dabei lehnen 75% der Bevölkerung eine Autobahnprivatisierung ab. Sie werden wissen, wie es aussieht, wenn die Profite im Vordergrund stehen, wie z.B. in den privatisierten Krankenhäusern. Laut Berechnungen des Bundesrechnungshofes waren Autobahn-Projekte mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften bisher stets rund 40% teurer. Wer



das bezahlt, muss hier nicht gefragt werden.

Mit den „durchgewunkenen“ Grundgesetzänderungen erhält der Bund u.a. auch mehr Zugriff bei Schulinvestitionen. Schon jetzt hängen die Bildungschancen der Kinder sehr stark vom Geldbeutel der Eltern ab. Dass sich dies durch Privatisierungen ändert, braucht man nicht zu hoffen.

Die Profitgier der Kapitalisten ist grenzenlos. Politiker, die sich mit Blick auf „Rot-Rot-Grün“ dem Kapital anbieten, entfernen sich von ihren Wählern.

In ihrem Sofortprogramm zur Bundestagswahl fordert die DKP, dass Privatisierungen gestoppt und rückgängig gemacht werden müssen. Einrichtungen im Gesundheits- und Erziehungswesen müssen sofort in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden. Die Bereiche Energie, Wasser, Verkehr gehören unter öffentliche Kontrolle, die Privatisierung des Fernstraßennetzes darf nicht vollzogen werden.

Rainer Grabowski

Zu große Klassen, zu wenig Geld!

Umfrage der SDAJ Gießen an der Gesamtschule Gießen-Ost

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass Deutschland nicht bereit ist, genug Geld für Bildung auszugeben. Unsere Umfrage an der Gesamtschule Gießen-Ost hat ergeben, dass viele Jugendliche mit der momentanen Situation unzufrieden sind.

Die befragten Schüler beschwerten sich beispielsweise über die zu großen Klassen.

Wir fragten daraufhin in der Schulleitung nach und bekamen die Bestätigung, dass die durchschnittliche Größe bei 28 Schülern liegt – eine viel zu hohe Zahl.

Dann braucht man sich nicht über die PISA-Ergebnisse wundern, da der PISA-Sieger Finnland nur halb so große Klassen hat.

Die Lehrer leiden ebenfalls unter der Bildungspolitik unseres Staates, indem sie diese riesigen Klassen unterrichten müssen und sie sich nicht genug Zeit für jeden Einzelnen nehmen können. Eine weitere Schwachstelle sind die Lehrinhalte. 51% der befragten Schüler an der Gesamtschule Gießen-Ost sind der Ansicht, dass sie nicht aufs Leben vorbereitet werden. Nicht wirklich verwunderlich, da



Jugendliche für den Arbeitsmarkt ausgebildet werden sollen. Etliche Jugendliche in Deutschland leiden unter dem Leistungsdruck, sie definieren sich über Noten.

90% der befragten Schüler weisen darauf hin, dass in der Schule irgendetwas kaputt oder veraltet ist. Die Technik funktioniert häufig nicht.

Wer trägt daran die Schuld? Ganz bestimmt nicht die Schule oder Lehrer,

sondern diejenigen, die der Meinung sind, dass das Geld für Bildung momentan ausreicht. Für Kriege ist allerdings immer mehr als genug Geld da.

Das Budget für Rüstung liegt in diesem Jahr bei 37 Milliarden Euro. Wir fragen uns, warum solche absurden Geldsummen für Krieg ausgegeben werden, wenn die Schulen verrotten, es nicht genug Lehrer gibt und Schüler unter dem Bildungssystem leiden. Deshalb kämpfen wir für eine bessere Zukunft, in der die Interessen der Schüler und Lehrer nicht zweit-, dritt- oder vierrangig sind, sondern an erster Stelle stehen.

SDAJ Gießen

Autoren stellen ihr Buch vor: Kuba im Wandel

Am 14. Juni stellten drei der 16 Autorinnen und Autoren ihr Buch „Kuba im Wandel“ vor. Etwa 60 Interessierte kamen dazu in den Dachsaal des DGB-Hauses in Gießen. Als Motivation nannten die Vortragenden u.a. die hierzulande dürftigen und teils falschen Informationen über das sozialistische Kuba.

Und so erfuhren die Zuhörer viel Neues und Interessantes über verschiedenste Bereiche des Lebens, wie z.B. zur Wirtschaft, zum Alltag und Internet, über das Wahlsystem und die Menschenrechte.

Die Autoren stützten sich dabei auf teilweise mehrjährige Aufenthalte in Kuba, was die Erfahrungsberichte so authentisch und lebendig machte. Die Zustimmung zum Sozialismus und

zur kommunistischen Partei PCC ist bei den Kubanerinnen und Kubanern ungebrochen. 2002 wurde der sozialistische Charakter in der 1976 per Volksentscheid angenommenen Verfassung bestätigt: Von 8,5 Millionen Wahlberechtigten stimmten 8 Millionen mit „Ja“. Sehr kritisch hingegen sahen die Autoren die Rolle der USA. Obwohl am 17. Dezember 2014 Barack Obama und Raúl Castro die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen ankündigten, hat sich die US-amerikanische Politik gegenüber Kuba kaum geändert. Die illegale Blockade besteht weiterhin. Firmen, die mit Kuba Handel betreiben, werden immer noch mit beträchtlichen Geldbußen bestraft. Und mit dem neuen US-Präsidenten Trump wird es wohl erst recht nicht zu Verbesserungen kommen.

Eine anwesende Kubanerin, die als

Dozentin an der Universität in Havanna arbeitet, bestätigte die Aussagen der Autoren und war ganz begeistert, dass



Das Podium der gemeinsamen Veranstaltung von DKP, SDAJ und Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba. Zweiter von links: Tobias Salin, Kandidat der DKP zu den Bundestagswahlen

Verlag Wiljo Heinen, Berlin, 160 Seiten, 10,- Euro. Das Buch kann auch über das Echo bestellt werden und wird (+ ein Euro Porto) auf Wunsch zugeschickt.



hervorgehoben wurde, dass der Prozess der Umwandlung in Kuba nicht erst mit Obama anfang, sondern schon vorher. Es gäbe noch viel zu tun, aber überall sehe man Hoffnung und Zuversicht. Mit leckeren Mojitos und vertiefenden Gesprächen klang diese gelungene Veranstaltung aus.

Rainer Grabowski

Falsche Begriffe:

Nicht „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“, sondern „Unternehmer“ und „Lohnabhängige“

Laut Wirtschaftslexikon ist der „Arbeitgeber“ derjenige, der einen Arbeitnehmer beschäftigt. Seine Hauptpflichten sind insbesondere: Vergütungspflicht, Fürsorgepflicht, Pflicht zur Gleichbehandlung sowie Verpflichtung zur Abführung von Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben. „Arbeitnehmer“ ist, wer aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages (Arbeitsvertrag) unselbstständige, fremdbestimmte Dienstleistungen zu erbringen hat.

Doch: Der „Arbeitgeber“ **gibt** keine Arbeit, sondern er ist der Unternehmer, der im Besitz der Produktionsmittel ist und durch die Ausbeutung des Arbeiters Profite erzielt. Vielmehr **nimmt** er die Arbeit des Arbeiters.

Der „Arbeitnehmer“ dagegen **nimmt** keine Arbeit, sondern ist der „Arbeiter“ oder der „Lohnabhängige“, der keine Produktionsmittel besitzt, sondern der seine Arbeitskraft verkaufen muss, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Er erschafft den Mehrwert, der den Profit des Besitzers der Produktionsmittel garantiert. Also vielmehr **gibt** der Arbeiter seine Arbeit.

Dazu passend noch ein Zitat von Floh de Cologne:

„Der Arbeiter heißt Arbeiter, weil er was arbeitet.“

Der Unternehmer heißt Unternehmer, weil er was unternimmt.

Würden die Arbeiter etwas unternehmen, müssten die Unternehmer arbeiten.“

Uwe Lennartz

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

**Redaktionsschluss für
August-Echo: Mi., 26. Juli**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Frankreich im Ausnahmezustand Macrons Knute

Emmanuel Macron, »der Mann, der ganz Europa in Verzückung stürzt«, wie Spiegel online am Freitag in unfreiwillig-bitterer Komik dichtete, hat es gern, wenn sich die Kameras auf ihn richten. Vorzugsweise, wenn er nicht zu Hause auftritt, sondern auswärts – in Sizilien beim Händedruck mit US-Präsident Donald Trump. Oder auch beim sogenannten EU-Gipfel, wo er den schüchternen Neuling zwischen all den Größen des Brüsseler Politikbetriebs gab. Es traf sich gut, dass der französische Präsident am Donnerstag nicht in Paris war, wo seine Regierung der eben gewählten Nationalversammlung ein Gesetz auf den Tisch knallte, das »den Kampf gegen den Terrorismus und die innere Sicherheit stärken« soll. Wie bitte?

Das Land befindet sich seit Ende November 2015 im Ausnahmezustand, verhängt vom damaligen sozialdemokratischen Präsidenten François Hollande nach dem Attentat auf die Musikhalle »Bataclan«. Einer der wesentlichen Züge des »état d'urgence« ist die vorübergehende Abschaffung der Unterscheidung zwischen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion. Macron und sein rechtskonservativer Premierminister Édou-

ard Philippe präsentieren nun eine Novelle, deren Inhalt den Ausnahmezustand in einem Gesetz festschreibt, um ihn – mit den Worten des in Paris lehrenden Rechtsphilosophen Giorgio Agamben – »in eine ständige Praxis des Regierens zu wandeln«. Dass Macrons Papier vor allem die Lohnabhängigen nicht verzückt, sondern eher deprimieren wird, ist zu erwarten. Das Parlament hat ja nicht nur das Antiterrorpapier, sondern auch die »Reform« des Arbeitsrechts vorliegen.

Der Widerstand gegen diesen skandalös arbeiterfeindlichen, aus dem Folterkeller des Neoliberalismus stammenden Text des früheren Bankers Macron und seiner »Berater« aus der Wirtschaft beginnt eben, sich zu formieren. Den neuen »Antiterror-Code« im Rücken, könnte die Regierung Demonstrationen der Lohnabhängigen ohne weiteres verbieten. »Sicherheit« schlägt Grundrecht. Kommt das Gesetz, werden aber nicht nur Arbeiter und Gewerkschaftsführer am Pranger stehen. Die Justiz könnte dann auch gegen Menschen vorgehen, die angeblich »öffentlich Terrorismus provozieren«...

Hansgeorg Hermann, Paris
(gekürzt aus "junge Welt", 24.6.2017)

Wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in unserer Auflage von 5000 Stück herausbringen zu können.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70.



Das Sofortprogramm der DKP ist in auf 20 Seiten erweiterter Auflage erschienen, ab sofort erhältlich und wird auf Wunsch auch zugesandt.



Mitgliederversammlung der DKP Gießen

Donnerstag, 6. Juli, 18 Uhr, Büro der Partei Die Linke, Marktplatz 2

Info-Stände der DKP

Samstag, 1. Juli, ab 10.30 Uhr, Seltersweg 19 (vor H&M)



Hannes Wader Macht's gut

Kongresshalle Gießen
GIESSEN
Sonntag, 01.10.17,
20:00 Uhr
Tickets ab 36,10 Euro



**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**